

VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

JUDITH MARTSCHIN

26.03.2018

www.kas.de/bruessel

„Die Europäische Säule der sozialen Rechte“

21. März 2018 | 19.00 – 22.00 Uhr

Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU

Die „Europäische Säule der sozialen Rechte“ ist längst überfällig – darüber ist sich der Großteil der Teilnehmer der Podiumsdiskussion des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) und des Europaverbandes der Mittelständischen Wirtschaft am 21. März 2018 einig. Uneinigkeit herrscht allerdings noch über die genaue Ausgestaltung einer sozialen Dimension Europas sowie über die Frage, ob diese das Subsidiaritätsprinzip und die Souveränität der Mitgliedsstaaten beeinträchtigen wird. Und so kam eine angelegte Diskussion in der Landesvertretung NRW zustande, die sich neben der Podiumsdiskussion mit Dennis Radtke (Mitglied des Europäischen Parlaments, MdEP), Egbert Holthuis (Vertreter der Europäischen Kommission), Uwe Lübking (Beigeordneter, DStGB) und Vera Weidmann (Bundesverband mittelständischer Wirtschaft, BVMW) auch einer regen Beteiligung des Publikums erfreute.

Gemischte Gefühle bei kommunalen Verbänden

Uwe Lübking (DStGB) eröffnete die Veranstaltung mit einer Keynote, in der er besonders die Uneinigkeit über die Europäische Säule der sozialen Rechte zwischen kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland betonte. Während der Deutsche Verein für Öffentliche und Private Fürsorge die soziale Dimension der Europäischen Union begrüßte und eine rasche Umsetzung anmahnte, zeigte sich der Kommunale Arbeitgeberverband verhalten, da er negative Auswirkungen für Arbeitgeber befürchtete. Diese unterschiedlichen Reaktionen zeigten die Bandbreite und Betroffenheit der Kommunen, die einerseits die sozialen Rechte in

Deutschland verwirklichen und andererseits Arbeitsplätze ermöglichen müssten. Es sei jedoch richtig, dass die EU einigen Auswüchsen in EU-Mitgliedstaaten entgegenwirke. Laut Lübking bestehe nun die Herausforderung darin, eine Regelung zu finden, die nicht über das Ziel hinausschieße und Flexibilität zuließe. Mit Hinblick auf die Divergenz zwischen den europäischen Sozialsystemen sei dies besonders schwierig, so Lübking.

Endlich wieder Kontroverse

Dennis Radtke (MdEP) freute sich, dass dieses Themenfeld „endlich wieder die Geister scheidet“. Die Frage der europäischen Säule der sozialen Rechte sei eine Richtungsentscheidung darüber, welchen Stellenwert die soziale Dimension zukünftig in der Ausrichtung der Europäischen Union haben solle. Im Europäischen Parlament gebe es dazu momentan zwei Extrempositionen: Diejenige, die die soziale Säule als unzulängliches „Trostpflaster“ und diejenige, die sie als Bedrohung für den freien Markt sehe. Er selber könne sich weder mit der einen noch mit der anderen identifizieren: Die erste Position blende die Frage der Subsidiarität aus, nach der Sozialpolitik zunächst Zuständigkeit der Nationalstaaten sei. Der Anspruch, alles in Brüssel regeln zu wollen, blende darüber hinaus den Aspekt der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus. Eine Sozialleistung müsse aus einer Substanz heraus finanziert werden können. Schließlich ignoriere der Standpunkt ebenfalls die Frage unterschiedlicher Sozialstaatstraditionen. Demnach habe Deutschland aufgrund seiner Entbehrungserfahrungen in der Nachkriegszeit ein spezielles Sicherheitsbedürfnis.

Die zweite Extremposition, die eine soziale europäische Säule als „ewige Behinderung

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. HARDY OSTRY
JUDITH MARTSCHIN

26.03.2018

www.kas.de/bruessel

der Wettbewerbsfähigkeit“ sehe, übergehe die Tatsache, dass diese größtenteils Mindeststandards betreffe, die in hochentwickelten Systemen selbstverständlich sein sollten. Es finde demnach keine Einmischung in die Lohnfindung in Mitgliedstaaten statt, sondern es würden Ausbeutung verhindert und Wettbewerbsgerechtigkeit gestärkt.

Radtke plädierte dafür, der sozialen Dimension ein Zuhause in der politischen Debatte zu geben und somit auch zu verhindern, das Soziale den Populisten zu überlassen. Dies sei besonders mit Hinblick auf den Europawahlkampf relevant, in dem die EVP deutlich machen müsste, dass ihr die Rechte der Beschäftigung und die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse nicht egal seien: „Wenn in Europa 25 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse mittlerweile unter das subsumiert werden können, was wir in Deutschland als atypische Beschäftigung bezeichnen, dann finde ich schon, dass Politik sich auch darüber Gedanken machen muss“, betonte Radtke.

„Die Zeit war reif“

Hendrik Kafsack (Frankfurter Allgemeine Zeitung) führte durch die anschließende Podiumsdiskussion. Auf seine Frage, warum die Europäische Kommission gerade jetzt einen Vorschlag für eine soziale Säule unterbreitet habe, antwortete **Egbert Holthuis** (Europäische Kommission), dass in Anbetracht der sich rapide ändernden Arbeitswelt die „Zeit reif war.“ So gebe es 17 Millionen mobile Beschäftigungsverhältnisse –, und in einigen Mitgliedsstaaten machten die atypischen Arbeitsverhältnisse über 40 Prozent der gesamten Arbeitsverhältnisse aus. Es gehe daher auch nicht um Subsidiarität, sondern darum, dass Europäer sich ihrer Rechte in der EU bewusst seien sollten. Dafür müsse die Kommission Anreize schaffen; direkte Maßnahmen von europäischer Ebene werde es allerdings nicht geben.

Auf die Frage, ob die Europäische Säule der sozialen Rechte eher eine Errungenschaft oder eine Bedrohung für deutsche Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) darstelle,

antwortete **Vera Weidmann** (BVMW), das von einer Bedrohung nicht die Rede sein könne, aber auch keine Initiative in diese Richtung von Unternehmerseite gestartet worden wäre. Sie stimmte Radtke zu, dass Sozialleistungen aus einer Substanz heraus wachsen müssten und erklärte, dass die Sorge der KMUs darin liege, dass durch einen Ansatz, dem zufolge „alles gleichgemacht wird, was nicht gleich ist“, Bruttolöhne und somit die Kosten für KMUs steigen könnten. **Holthuis** betonte an dieser Stelle noch einmal, dass Gesetzgebung und die Organisation der Arbeitsmärkte in der Verantwortung der Nationalstaaten und Sozialpartner bleiben werde. Auch **Radtke** bestärkte, dass man sich erst am Anfang eines Diskussions- und Gesetzgebungsprozesses befinde und nicht in Panikmache verfallen dürfe.

Lübking hob darüber hinaus hervor, dass die soziale Säule ein Faktor sei, der dazu beitragen könne, Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern in Regionen, in denen es die vorteilhaftesten Sozialstandards und Lebensbedingungen gibt, zu reduzieren. Dieser Standpunkt wurde von Stimmen aus dem Publikum unterstützt, die anmerkten, dass in einigen EU-Mitgliedstaaten Arbeitgeber nahezu alles dürften und Arbeitnehmerrechte in der lokalen politischen Debatte nicht schnell genug gestärkt würden, woraus sich eben diese Wanderbewegungen ergäben. Mindeststandards könnten somit eine Abwanderung von Arbeitskräften schmälern.

Auf die Frage, was das Ziel der Entsende-richtlinie sei, antwortete **Radtke**, dass es auch hier darum gehe, Mindestschutzbedingungen zu definieren. In wesentlichen Kernbereichen seien dafür Sozialpartner zuständig, dies funktioniere allerdings an vielen Stellen nicht mehr, da entweder Gewerkschaften zu schwach geworden seien oder Unternehmen sich aus der Verantwortung zögen, indem sie nicht mehr Mitglied im Arbeitgeberverband seien. Daher blieben viele Tatbestände für die Politik übrig, wo die Politik, und zwar die EU-Politik, Mindestansprüche definieren müsse.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. HARDY OSTRY
JUDITH MARTSCHIN

26.03.2018

www.kas.de/bruessel

Auch Stimmen aus dem Publikum appellierten an einen europäischen Ansatz der Sozialpolitik. Die deutsche Debatte über die soziale Säule ließe eine europäische Perspektive vermissen. Die EU dürfe nicht nur ein Binnenmarkt sein, sondern müsse auch andere Aspekte abdecken. Daher sei Druck von außen auf die Regierungen notwendig. Darüber hinaus solle man sich davor hüten, nur auf andere Mitgliedstaaten zu schauen und dabei zu vergessen, dass auch in Deutschland weiterhin Herausforderungen bestehen. Holthuis verwies darauf, dass eine soziale europäische Dimension in Deutschland zu einer besseren Chancengleichheit und weniger Lohngefälle beitragen könne. Es wurde allerdings auch die Frage aufgeworfen, inwiefern europäische Vorschriften und Standards mit Demokratie und Souveränität vereinbar seien. Wolle ein Mitgliedsstaat beispielsweise keine Rentenversicherung einführen, so müsse dies respektiert werden. Eine Kohäsion der Sozialsysteme könne eher über Austauschprogramme, die ein Umdenken anregten, erreicht werden.

Wünsche für die Zukunft

Kafsack schloss die Diskussionsrunde, indem die Teilnehmer Wünsche für die Zukunft äußern durften. **Weidmann** wünschte sich eine stärkere Einbeziehung der Verbände in den Dialog und Entscheidungsprozess. **Lübking** bestärkte sie darin und betonte, dass Kommunen und KMU dabei zusammen an einem Strang ziehen sollten. **Radtke** wünschte sich, dass in den nächsten 20 Jahren erhebliche Fortschritte in der Definition von Mindeststandards gemacht würden und die soziale Dimension Bestandteil der nächsten Europawahlen werde. **Holthuis** sprach sich ebenfalls dafür aus, dass in 20 Jahren die soziale Dimension zum Tagesgeschäft gehören solle.